

Beilage 4851

Bericht

des

Ausschusses für den Staatshaushalt

zum

Entwurf eines Gesetzes über Grunderwerbsteuerbefreiung für den sozialen Wohnungsbau (Beilage 4084)

Berichtersteller: Strobl

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung mit der Maßgabe, daß in

Art. 1 Ziff. 1 und 2a die Worte „mehr als 80 v. H.“ durch die Worte „mindestens 80 v. H.“ ersetzt werden und

Art. 1 Ziff. 4 letzter Satz folgende Fassung erhält:

„Ein Eigenheim ist ein Wohngebäude mit nicht mehr als zwei Wohnungen, von denen eine für den Eigentümer (Erbbauberechtigten) oder für seine nächsten Familienangehörigen bestimmt ist.“

München, den 19. November 1953

Der Vorsitzende:

Eberhard

Beilage 4852

Interpellation

Betreff:

Heimkehrerentschädigungsgesetz

Veranlaßt durch Mitteilungen in der Presse fragen wir die bayerische Staatsregierung:

1. Wie hat sich der Vertreter Bayerns im Bundesrat bei der Abstimmung über das sog. „Heimkehrerentschädigungsgesetz“ (Verabschiedung im Bundestag 2. Juli 1953) verhalten?
2. Teilt die bayerische Staatsregierung die Auffassung der Bundesregierung, daß die Verkündung dieses Gesetzes von den zuständigen Bundesorganen verweigert werden kann?
3. Was gedenkt sie zu tun, um den Vollzug des 2. Heimkehrerentschädigungsgesetzes zu erwirken?
4. Welche Zwischenmaßnahmen gedenkt die bayer. Staatsregierung bis zur Entscheidung eines etwaigen Streites über die Verkündungspflicht hinsichtlich dieses Gesetzes zugunsten der Heimkehrer Bayerns zu ergreifen?

München, den 25. November 1953

Dr. Baumgartner,

Dr. Lacherbauer, Gaßner
und Fraktion (BP)

Beilage 4853

Bericht

des

Ausschusses für den Staatshaushalt

zu den

Dringlichkeitsanträgen der Abgeordneten von Knoeringen, Hofmann Leopold und Fraktion (Beilage 4722*) und Meixner, Donsberger, Dr. Fischer und Fraktion (Beilage 4846) betreffend Weihnachtswendungen für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes

Berichtersteller: Eisenmann

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung in folgender Fassung:

Die Staatsregierung wird ersucht, den Beamten, Ruhegehaltsempfängern, Angestellten und Arbeitern des bayerischen Staates auch in diesem Jahre eine Weihnachtswendung wie im Vorjahr zu gewähren.

München, den 26. November 1953

Der Vorsitzende:

Eberhard

*) Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 24. November 1953 den Antrag zum Dringlichkeitsantrag erhoben.

Beilage 4854

Dringlichkeitsantrag

Betreff:

Weihnachtsbeihilfen für die Rentenempfänger u. a.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund dahin zu wirken, daß Empfängern von Arbeitslosenfürsorgeunterstützung und allen diesen wirtschaftlich gleichstehenden Empfängern von versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung, von Renten aus der Sozialversicherung, von Renten aus der Kriegsoferversorgung, von Unterhaltshilfe für Angehörige von Kriegsoffern und von Kriegsschadenrente nach dem Lastenausgleichsgesetz eine Weihnachtsbeihilfe gewährt wird.

München, den 25. November 1953

von Knoeringen, Beier
und Fraktion (SPD)